

Ja zur Fristenregelung

Ja zum Recht auf freien Entscheid

In der Abstimmung über die Fristenregelung vom 2. Juni geht es um Grundwerte wie Eigenverantwortung und Toleranz, kurzum urfreisinnige Themen. Kein Wunder stehen viele Freisinnige und vor allem freisinnige Frauen an vorderster Front im Abstimmungskampf für die Fristenregelung: Sie ist für eine moderne, aufgeschlossene Schweiz von grosser Bedeutung und muss deshalb deutlich angenommen werden!

Von *Theresa Hensch*,
Regionalkomitee ZH,
Präsidentin FDP ZH 2,
hensch@fdp-zh2.ch

Viele, vor allem jüngere Menschen sind sich gar nicht bewusst, dass der heute in urbanen Gegenden gelebte Umgang mit dem Schwangerschaftsabbruch eigentlich illegal und strafbar ist. Das geltende Gesetz lässt einen Schwangerschaftsabbruch nur zu, wenn Leben oder Gesundheit der Schwangeren gefährdet ist. Zwischen Gesetz und Praxis besteht eine grosse Kluft, die für die betroffenen Frauen zu krassen Rechtsungleichheiten führt.

Im März 2001 hat das eidgenössische Parlament der Fristenregelung zugestimmt. Danach entscheidet die Frau nach eingehender Beratung durch ihre Ärztin oder ihren Arzt in den ersten 12 Wochen selber über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft. Ab der 13. Woche gilt wie heute eine medizinische Indikation. Diese vernünftige Regelung achtet die Eigenverantwortung der ungewollt schwangeren Frau und ihres Partners. Sie entspricht der heute gelebten



Theresa Hensch

Realität. Frauen wird das Recht auf freien Entscheid nicht mehr verweigert. Frauen werden nicht mehr kriminalisiert.

Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ergriffen worden, welches nun am 2. Juni zur Abstimmung gelangt. Die im letzten Herbst von den Gegnern der Fristenregelung lancierte tendenziöse und irreführende Plakatkampagne hat gezeigt, dass wir vor einem schwierigen und langwierigen Abstimmungskampf stehen. Von Seiten fanatischer Gegner wird eine demagogische und aufwändige Kampagne geführt.

Engagieren auch Sie sich

■ Die Moderne Gesellschaft («New Society») ist ein zentrales Wahl-

kampftema der Freisinnigen.

- Die FDP muss sich mit ihrem Engagement für eine moderne Gesellschaft und ein zukunftsorientiertes Frauenbeziehungsweise Partnerschafts- und Familienbild auch in konkreten Sachthemen positionieren.
- Für den Erfolg in einer Abstimmung benötigt es eine breite Abstützung, die Gegner werden mit massiven Mitteln auf-fahren.
- Wir wollen eine argumentativ gestützte, sachliche Diskussion zu einem wichtigen sozialen wie auch politischen Thema fördern und an-führen.
- Wir dürfen das Feld nicht den Linken über-lassen, denn es ist ein

Weshalb muss klar angenommen

- Sie schliesst die wachsenden Kluft zwischen Gesetz und Praxis. Seit 1942 ist längst überfällig, dass die Fristenregelung ein Ende und damit ein Ende der strukturellen Ungleichheiten aufweist.
- Sie stempelt Frauen nicht als minderwertig, wenn sie nicht biologisch in der Lage sind, unter den gegebenen Umständen die Verantwortung der Mutterschaft zu übernehmen.
- Sie respektiert die Entscheidung der Frau, des Paares in die ihr ganzes Leben bestimmend.
- Es gibt wohl keinen Entschuldigungsgrund für das Leben einer Frau, eines Paars

elung

tscheid

kampfthema der Freisinnigen.

- Die FDP muss sich mit ihrem Engagement für eine moderne Gesellschaft und ein zukunftsorientiertes Frauenbeziehungsweise Partnerschafts- und Familienbild auch in konkreten Sachthemen positionieren.
- Für den Erfolg in einer Abstimmung benötigt es eine breite Abstützung, die Gegner werden mit massiven Mitteln aufgeföhren.
- Wir wollen eine argumentativ gestützte, sachliche Diskussion zu einem wichtigen sozialen wie auch politischen Thema fördern und anführen.
- Wir dürfen das Feld nicht den Linken überlassen, denn es ist ein

urliberales, freisinniges Thema.

Regionales Abstimmungskomitee

Das eidgenössische Abstimmungskomitee ist breit abgestützt. Nebst der von freisinnigen Frauen angeführten Organisation alliance F (dem ehemaligen Bund der Frauenorganisationen), der Schweizerischen Vereinigung für Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs ist auch die FDP Schweiz am Komitee beteiligt. Ergänzend gibt es regionale Komitees, wie das zürcherische Regionalkomitee, das von NR Felix Gutzwiller, zusammen mit NR Barbara Haering und Dr. Dorin Ritz-

mann präsiert wird. Im Namen des Regionalkomitees fordere ich alle Parteikolleginnen und -kollegen auf, sich aktiv für ein Ja zur Fristenregelung und ein Nein zur Initiative Mutter und Kind einzusetzen. Schreiben Sie Leserbriefe, organisieren Sie Standaktionen (evtl. zusammen mit anderen Organisationen oder Parteien), versenden Sie den Abstimmungsprospekt in Ihrer Ortspartei, und vor allem sprechen Sie mit allen über die Abstimmung, es ist ein Thema, das alle angeht! Wenn Sie für Aktivitäten Unterstützung brauchen, nehmen Sie mit uns Kontakt auf, wir helfen Ihnen gerne weiter. ■

EIN VERANTWORTUNGSVOLLER ENTSCHEID.

JA

Am 2. Juni

zur Fristenregelung

Weshalb muss die Fristenregelung klar angenommen werden?

- Sie schliesst die wachsende Kluft zwischen Gesetz und Praxis. Das Gesetz von 1942 ist längst überholt und wird praktisch nicht mehr angewendet. Dieser unredlichen Heuchelei setzt die Fristenregelung ein Ende und hebt die kantonalen Ungleichheiten auf.
- Sie stempelt Frauen nicht länger zu Kriminellen, wenn sie nicht bereit oder in der Lage sind, unter den individuell gegebenen Umständen die grosse Verantwortung der Mutterschaft zu übernehmen.
- Sie respektiert die Entscheidungsfreiheit der Frau, des Paares in einer Frage, die ihr ganzes Leben bestimmen wird.
- Es gibt wohl keinen Entscheid, der das Leben einer Frau, eines Paares derart tief greifend verändert wie der Entscheid zur Elternschaft. Niemand kann diesen Entscheid mit seiner ganzen Tragweite an ihrer Stelle verantworten und treffen, niemand kann die Folgen dieses Entscheides an ihrer Stelle tragen.
- Sie vertraut auf die Eigenverantwortlichkeit von Frau und Mann und nimmt diese als mündige Menschen ernst, die fähig und willens sind, nach ethischen Massstäben und dem eigenem Gewissen verpflichtet verantwortungsvolle Entscheide zu fällen. Die Fristenregelung ist eine Lösung der Toleranz und des Verantwortungsbewusstseins.
- Niemand darf seine persönliche Weltanschauung ändern per Gesetz aufzwingen.